

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 111 (2017)
Heft: 9

Artikel: Option für die Optionen der Armen? : Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Afrika auf dem Prüfstand
Autor: Bambu, Boniface Mabanza
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-731319>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Option für die Optionen der Armen?

Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Afrika auf dem Prüfstand

Mit humanitärer Rhetorik verkauft die Europäische Union ihre Handelsinteressen als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung afrikanischer Staaten. Die Bedürfnisse der Armen werden nicht berücksichtigt. Problematisch ist dies nicht nur aus befreiungstheologischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht.

In den letzten fünfzehn Jahren wurden die Beziehungen zwischen der EU und Afrika vor allem durch die Verhandlungen um die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs) geprägt. Diese sollen die Lomé-Abkommen ersetzen, welche 1975 in Togo unterzeichnet wurden. Mit diesen Abkommen gewährte die Europäische Gemeinschaft (EG) ihren ehemaligen Kolonien in Afrika, in der Karibik und im pazifischen Raum (den sogenannten AKP-Staaten) präferenziellen Marktzugang. Länder aus diesen drei Regionen durften all ihre industriellen Produkte und die Mehrheit der Agrarprodukte zoll- und quotenfrei in den EG-Raum exportieren. Gleichzeitig durften sie weiterhin Schutzzölle für Importe aus der EG erheben. Nach der Gründung der Welthandelsorganisation WTO im Jahr 1995 wurde aber geltend gemacht, dass die einseitigen Lomé-Handelspräferenzen gegen das Prinzip der Nichtdiskriminierung verstossen. Daher die Notwendigkeit, sie neu zu verhandeln. Das Cotonou-Abkommen, das 2000 verabschiedet wurde, hält die Eckpunkte der Neuverhandlungen fest.

Knallharte Interessen

Die WPAs, gegen die sich in den letzten fünfzehn Jahren in Afrika grosser Wi-

derstand entwickelt hat, erweisen sich als neoliberales Projekt. Es zielt darauf ab, die europäische Vormacht in den AKP-Ländern angesichts der neuen Konkurrenz aus Schwellenländern zu stabilisieren: Die ehemaligen Kolonien sollen Absatzmärkte und Rohstofflieferanten für europäische Konzerne bleiben. Die WPAs sind eine Fortsetzung der Liberalisierungsagenda der Industrienationen, die mit den Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank und des IWF begann. Verpackt wurde diese Agenda von Anfang an in einer humanitären Rhetorik, welche die Überwindung der Armut und die nachhaltige Entwicklung der AKP-Länder in den Vordergrund stellt. Diese Strategie der EU, knallharte Interessen mit larmoyanten Floskeln zu garnieren, ist ein Herrschaftsinstrument, das es aus befreiungstheologischer Perspektive zu entlarven gilt. Zum einen, weil die Geschichte des Handels zeigt, dass Regelwerke wie die WPAs nicht geeignet sind, um die viel beschworene nachhaltige Entwicklung armer Länder anzukurbeln. Zum anderen, weil die Armen sich nicht damit zufriedengeben, Objekte von Betreuung zu sein. Sie wollen mitentscheiden, welche Optionen in ihren jeweiligen Kontexten mit ihren Potenzialen die besten sind, um das Leben bejahren zu können.



Europa bringt Kunst, Wissenschaft, Industrie, Handel und Fortschritt. Sie wird umringt von den Wappenschildern der zehn wichtigsten europäischen Staaten, inklusive der Türkei, Russland und der Schweiz. Im Hintergrund sind technische Errungenschaften zu sehen. Werbekarte, Lille, um 1880.

Keine Spur von Rücksichtnahme

Bei den Verhandlungen um die WPAs könnten die Kräfteverhältnisse nicht unterschiedlicher sein: Die EU, reichste Region der Welt, verhandelt mit den ärmsten Ländern. Die Asymmetrie der Kräfteverhältnisse wird nicht berücksichtigt. Dabei heisst es im Artikel 35 des Cotonou-Abkommens: «Bei der wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit wird den unterschiedlichen Bedürfnissen und dem

unterschiedlichen Entwicklungsstand der AKP-Staaten Rechnung getragen.» In der Gestaltung der WPAs ist von dieser Rücksichtnahme nichts zu spüren. Selbst die ärmsten Länder müssen bis zu 80 Prozent ihrer Zolllinien gegenüber der EU öffnen. Durch das Abkommen der EU mit der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika, das im Oktober 2016 vorläufig in Kraft trat, sieht sich das arme Mosambik gezwungen, eine solche Marktöffnung vorzunehmen. Im

Gegenzug behält Mosambik nur das, was das Land vor den WPA-Verhandlungen schon hatte: einen zoll- und quotenfreien Zugang zum EU-Markt. Dabei kann der Schutz lokaler Wirtschaftszweige vor der übermässigen Konkurrenz durch stärkere Partner positive Auswirkungen auf den regionalen Handel haben. Doch Schutzmechanismen, welche eine strukturelle Transformation der nationalen und regionalen Ökonomien der AKP-Länder ermöglichen, sind im Rahmen der WPAs nicht möglich – weil die EU im Interesse ihrer Konzerne eine Liberalisierungsagenda durchsetzt.

Eklatante Asymmetrie

Die EU rechtfertigt diese Agenda mit den Regeln der Welthandelsorganisation, zu deren Bestimmung sie als Wirtschaftsmacht massgeblich beigetragen hat. Das

Eine undifferenzierte Anwendung der Freihandels-Prinzipien kann nur zu mehr Armut führen.

Prinzip der Nichtdiskriminierung liesse aber sehr wohl Ausnahmen zu. Diskriminierung ist nach WTO-Regeln erlaubt, wenn sie auf objektiven Kriterien beruht. Ein Beispiel: Bananen exportierende Staaten aus Mittel- und Südamerika stehen gemessen am Bruttoinlandprodukt besser da als etwa Ghana, die Elfenbeinküste und Kamerun, die ebenso Bananen in die EU exportieren. Aufgrund der Unterschiede im Entwicklungsstand wäre es gerechtfertigt, diese Staaten unterschiedlich zu behandeln. Überhaupt: Wenn das Kernproblem der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der Marktzugang für afrikanische Mitteleinkommensländer gewesen wäre, hätte die EU eine Verlängerung der Ausnahmeregelung bei der WTO beantragen können. Doch die EU hat sich nicht darum bemüht, weil sie mit den WPAs eine Möglichkeit sah, der Liberalisierung des Welthandels neuen Atem einzuhauchen.

Die positiven Impulse, die dem Freihandel zugeschrieben werden, können mit Abstrichen nur unter mehr oder weniger gleichwertigen Partnern greifen. Wo Handelspartner durch eine eklatante Asymmetrie der Kräfteverhältnisse gekennzeichnet sind, führt voreilige Liberalisierung zu noch grösseren Ungleichheiten. Die schwächere Seite sieht ihre Entwicklungschancen vermindert und ihre Existenzgrundlagen zerstört. Eine undifferenzierte Anwendung der Freihandelsprinzipien kann daher nur zu mehr Armut führen.

Die Geschichte des Welthandels zeigt: Länder haben sich nicht durch brutale Liberalisierung, sondern durch Protektionismus entwickelt. Sie haben sensible Sektoren ihrer Ökonomien geschützt und erst geöffnet, als sie eine gewisse Konkurrenzfähigkeit erreicht hatten. Das Recht, sich zu schützen, um nicht auf Zielorte von Warencontainern aus der EU reduziert zu werden, muss auch den Ländern Afrikas eingeräumt werden. Dann können sie sich unter Voraussetzungen am Welthandel beteiligen, welche ihrer Bevölkerung und besonders den Armen etwas bringen.

Gerechter Handel und Entwicklung

Industrienationen liefern sich einen Wettlauf, wer seinen finanziellen Verpflichtungen in der Entwicklungszusammenarbeit besser nachkommt. Doch ist das Ziel, möglichst viele Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit zu sammeln, an sich erstrebenswert? Diese Frage ist wichtig, denn die Mobilisierung von immer mehr Geldern für Entwicklungszusammenarbeit ist absurd, solange die reichen Länder nichts unternehmen, um die ungerechten Handelsstrukturen zu ändern. Durch sie verlieren die armen Länder jedes Jahr fast das Dreifache dessen, was sie als Entwicklungshilfe erhalten. Dies gilt auch im Blick die Schuldenfrage: Die ärmsten Länder werden faktisch zu Netto-Gläubigern der reichen Länder, weil sie jedes Jahr für den Schuldendienst deutlich mehr ausgeben müssen,

als die Entwicklungshilfe kompensiert. Noch dramatischer ist die Umkehrung der Rollen mit Blick auf die illegalen Kapitalabflüsse (durch Geldwäscherei, Korruption und Steuerhinterziehung bzw. -vermeidung): Die Afrikanische Entwicklungsbank und die Nichtregierungsorganisation Global Financial Integrity haben berechnet, dass der afrikanische Kontinent von 1980 bis 2009 bis zu 1400 Milliarden US-Dollar verloren hat. Mit anderen Worten: So hoch die Entwicklungsausgaben auch sein mögen, sie können nicht das ausgleichen, was den armen Ländern durch ungerechte Handelsstrukturen, eine taktisch eingesetzte Schuldenpolitik und illegale Kapitalabflüsse verloren geht. Auf diesen Feldern und an der Frage nach Reparationen für die Verbrechen der kolonialistischen Vergangenheit entscheidet sich der Kampf gegen Armut und um globale Gerechtigkeit. Die Entwicklungshilfe ist ein Nebenschauplatz.

Die Optionen der Armen *

Die Entwicklungshilfe kritisiert auch der iranische Ökonom Majid Ranehma: «Was man noch immer als Hilfe bezeichnet, ist nur ein finanzieller Zuschuss zur Stärkung der Elend produzierenden Strukturen. Wenn die Opfer dieser Enteignungspolitik jedoch versuchen, sich vom globalisierten Produktionssystem abzukoppeln, um nach Alternativen zu suchen, die ihren eigenen Wünschen entsprechen, ist niemand da, der ihnen Hilfe bietet.»¹ Die Armen müssen selbst im Mittelpunkt stehen, und zwar als Subjekte und nicht als Objekte von Fürsorge. Ihre Wünsche, ihre Optionen können sich nicht in vorgefertigten Konzepten entfalten, welche von Machtzentren im Norden festgelegt werden. Sie brauchen eine Unterstützung, die ihnen erlaubt, ihr Schicksal in ihren eigenen Händen zu behalten. Die Optionen der Armen hängen vom Kontext ab. Gemeinsam ist ihnen die Bejahung und Förderung des Lebens. Dazu gehören das Teilen der lebensermöglichenden Ressourcen und die

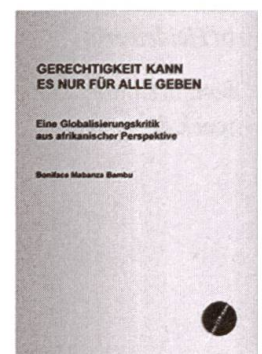
Bewahrung der Mitwelt, deren Teil der Mensch ist. Der Mensch versteht sich als gemeinschaftlich und kosmisch. Seine individuelle Entfaltung darf nicht unter Beeinträchtigung der Lebensfähigkeit anderer und auf Kosten des ökologischen Gleichgewichts bewerkstelligt werden. So gesehen kann es zu den Optionen gehören, zu entscheiden, dass Bodenschätze im Boden bleiben, weil deren Abbau die Mitwelt zerstört, die Flüsse verschmutzt und die soziale Integration gefährdet. Diese Perspektive sieht sich im Konflikt mit der Ideologie des Freihandels, welche die Interessen der Stärkeren fördert und in der Mitwelt nur ein Objekt sieht, das es zu erobern gilt. Wichtig für die Armen ist (und daran artikulieren sich ihre Optionen) die Gestaltung von Veränderungen die den jeweils lokalen Notwendigkeiten entsprechen. Weltmarktintegration mag eine Priorität sein für diejenigen, welche die Armen kontrollieren wollen. Aber für sie selbst – entsprechend ihren Vorstellungen von Leben – nicht.

Fehlende Beteiligung

«Die Armen, insbesondere in Afrika», schreibt Jean Marc Ela, «sind heute auch die Jugendlichen und Frauen, die Strassenkinder, die verzweifelten Bauern, alle Opfer von Strukturanpassungsprogrammen, die Denker und Schöpfer, Künstler und Schriftsteller, die von mörderischen Mächten zur Auswanderung gezwungenen Intellektuellen.»²

Es geht nicht nur um die Frage, was Entwicklungsprogramme und Handelsstrategien den Armen bringen, sondern ob sie mit ihnen zusammen entwickelt werden. Aus dieser Perspektive besteht die grösste Beleidigung für die Armen darin, dass Eliten aus dem Norden und dem Süden Megaprojekte wie Autobahnen oder Staudämme für sich selbst entwerfen und behaupten, dass die Früchte dieser Projekte per Trickle down auch die Armen erreichen. Problematisch ist nicht nur die Tatsache, dass dieser Effekt oft ausbleibt und dezentrale Kleinprojekte für die soziale

Boniface Mabanza Bambu: *Gerechtigkeit kann es nur für alle geben. Eine Globalisierungskritik aus afrikanischer Perspektive.* Verlag Edition ITP-Kompass, Münster 2009.



Boniface Mabanza Bambu: *Das Leben bejahen. Elemente einer Theologie des Lebens aus kongolesischer Perspektive.* Verlag Matthias Grünewald, Ostfildern 2015.

Boniface Mabanza Bambu, geboren in der DR Kongo, studierte Theologie, Literaturwissenschaften und Philosophie. Er promovierte an der Universität Münster und absolvierte eine Ausbildung in Konfliktmanagement an der Akademie für Konflikttransformation in Bonn. Seit 2008 ist er Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika in Heidelberg.

boniface.mabanza@woek.de

Entwicklung vielfach erfolgreicher sein können. Problematisch ist vor allem die fehlende Beteiligung der Armen, welche für die Nachhaltigkeit der Strategien und Programme entscheidend ist.

Die Interessen der Armen im Blick

Der Freihandel, dem die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zugrunde liegen, suggeriert die Idee von Freiheit. In der Praxis existiert dieser Raum der Freiheit nur für die Akteure, die weltweit seine Spielregeln bestimmen. Die Armen und die Ausgeschlossenen des vorherrschenden Systems erleben Freihandel als Ideologie zur Durchsetzung der Interessen der Mächtigsten und Stärksten. Die vermeintlich gleichen Bedingungen – für Ungleiche – führen zwangsläufig zu noch grösseren Ungleichheiten. Als gäbe es diese Erfahrungswerte mit Handelsliberalisierung nicht, setzt die EU mit den WPAs ihre Strategie fort. Angesichts der Zerstörungen, die Handelsliberalisierung verursacht, appellieren nicht wenige in Europa für eine Kohärenz aller Politikbereiche. Dabei stilisieren sie die Entwicklungspolitik zu einer moralischen Instanz, an der sich alle anderen Politikbereiche zu orientieren haben. Es wird

übersehen, dass die EU mit unterschiedlichen, konkurrierenden Wertesystemen operiert. Die Menschenrechte stellen genauso ein Wertesystem dar wie die Wirtschaftsinteressen. Am Ende setzt sich das «Wertesystem» durch, das die grösste Lobby hinter sich hat – und das ist in der Regel das Wertesystem der Freiheit, überall uneingeschränkt Geschäfte machen zu dürfen. Dieses «Wertesystem» führt weltweit einen Krieg gegen die Armen. Es bedient sich der humanitären Rhetorik nur, um sich Legitimität auch bei jenen zu verschaffen, die andere Wertesysteme vertreten, und um die realen Interessen zu verschleiern. Die Interessen der Armen sind dabei nicht im Blick. Die WPAs sind Deals zwischen den Eliten für die Eliten. Eine Option für die Armen sind sie nicht, geschweige denn eine Option für deren Optionen. Die Herausforderung an eine befreiende Praxis aus handelspolitischer Sicht besteht darin, den Armen zu ermöglichen, ihre Zukunft in den eigenen Händen zu halten. ●

¹ Majid Rahnema: *Quand la misère chasse la pauvreté*. Paris-Arles 2003, S. 268.

² Jean Marc Ela: *Gott befreit. Neue Wege afrikanischer Theologie*. Freiburg 2003, S. 129.